

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister - Dezernat VI Amt 62	Drucksache DS0016/03	Datum 16.01.2003
---	--------------------------------	----------------------------

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Ö	N	Beschlussvorschlag		
				angenommen	abgelehnt	geändert
Der Oberbürgermeister Kommunal- und Rechtsausschuss	28.01.2003 27.02.2003	X	X	X		

beschließendes Gremium Stadtrat	06.03.2003	X		X	
---	------------	---	--	---	--

beteiligte Ämter 12, 47, 66	Beteiligung des RPA KFP	Ja 	Nein [X] [X]
---------------------------------------	-------------------------------	----------------	--------------------

Kurztitel:

Straßennamen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt durch Einzelabstimmung die Benennung

1. des Platzes auf der Westseite des Hauptbahnhofes als

Konrad-Adenauer-Platz

2. des Platzes auf der Ostseite des Hauptbahnhofes als

Willy-Brandt-Platz

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
X			JA		NEIN	X

Gesamtkosten/Gesamteinnahmen der Maßnahmen (Beschaffungs-/Herstellungskosten)	jährliche Folgekosten/ Folgekosten ab Jahr	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirk- samkeit
	keine ☐			
Euro	Euro	Euro	Euro	

Haushalt		Verpflichtungs- ermächtigung	Finanzplan / Invest. Programm
veranschlagt: ☐ Bedarf: ☐ Mehreinn.: ☐	veranschlagt: ☐ Bedarf: ☐ Mehreinn.: ☐	veranschlagt: ☐ Bedarf: ☐	veranschlagt: ☐ Bedarf: ☐ Mehreinn.: ☐
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr mit Euro	davon Vermögens- haushalt im Jahr mit Euro	Jahr Euro	Jahr Euro
Haushaltsstellen	Haushaltsstellen		
	Prioritäten-Nr.:		

federführendes	Sachbearbeiter	Unterschrift AL
Amt	Herr Hesse, Tel.: 540 5181	Herr Neumann

Verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift	Werner Kaleschky
---	--------------	------------------

Begründung

Bereits im Jahr 1992 hatte die Stadtverordnetenversammlung den Vorschlag zur Benennung einer Straße oder eines Platzes nach dem Bundeskanzler a.D. Willy Brandt diskutiert. Ein entsprechender Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wurde 1997 allerdings im Stadtrat abgelehnt. Mit dem Bau des neuen Zentralen Omnibusbahnhofes an der Maybachstraße sowie des neuen Westausganges des Hauptbahnhofes entstand ein Stadtraum (Platz) als Gegenstück zur Platzsituation vor dem Ostausgang (umgangssprachlich als „Bahnhofsvorplatz“ bezeichnet), die für die vorgeschlagenen Benennungen in besonderer Weise geeignet sind.

In Abstimmung mit der CDU- und der SPD-Fraktion des Stadtrates wird für den neuen Platz auf der Westseite des Hauptbahnhofes, einschließlich Zentraler Omnibus Bahnhof, Konrad-Adenauer-Platz und für den Platz auf der Ostseite Willy-Brandt-Platz vorgeschlagen.

Veränderungen von Adressen sind in beiden Fällen nicht notwendig.

Die Benennung nach K. Adenauer würdigt einen bedeutenden CDU-Politiker und den Gründungskanzler der Bundesrepublik Deutschland, dessen Arbeit auch die Aussöhnung mit Frankreich und das Zustandekommen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Elyséevertrag) zu verdanken ist. Der Deutsche Städtetag hat angeregt, den 40. Jahrestag der Unterzeichnung am 22.01.2003 entsprechend zu würdigen (Anlage), was durch den Benennungsvorschlag erfolgen soll.

Konrad Adenauer wurde am 05.01.1876 als drittes von vier Kindern in Köln geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums und dem Abitur begann er 1894 zunächst eine Banklehre. Als ihm ein Kölner Bürgerstipendium ein Studium ermöglichte, studierte er in Freiburg, München und Bonn Jura und Volkswirtschaft und bestand 1897 das Referendarexamen.

Nach dem Assessorexamen 1901 in Berlin und seiner Assessorenzeit bei der Staatsanwaltschaft des Kölner Landgerichts trat er 1902 in das Anwaltsbüro des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion der Kölner Stadtverordnetenversammlung ein.

1904 heiratete er Emma Weyer, die Tochter einer angesehenen und wohlhabenden Kölner Familie. Sie starb jedoch bereits 1916. Mit seiner Frau hatte er drei Kinder.

1906 bewarb er sich erfolgreich um die Stelle eines hauptamtlichen Beigeordneten und wurde drei Jahre später, nach der Wahl zum Ersten Beigeordneten, Stellvertreter des damaligen Oberbürgermeisters Max Wallraf.

1917 wurde Adenauer zum Kölner Oberbürgermeister gewählt, als Wallraf als Innen-Staatssekretär nach Berlin berufen wurde. Er war das jüngste Stadtoberhaupt in Preußen. Während seiner Amtszeit erfuhr Köln einen Aufschwung zur „Metropole des Westens“ unter anderem durch die Neugründung der Universität, die Wiederbelebung der Kölner Messe, die Erweiterung des Rheinhafens sowie die Ansiedlung verschiedener Industriebetriebe.

Von überregionaler Bedeutung war sein Einfluss im Amt eines Präsidenten des Preußischen Staatsrates, das er von 1921 bis 1933 innehatte. In der Weimarer Republik wurde er auch wiederholt zum Kreis möglicher Kanzlerkandidaten gezählt.

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten wurde er 1933 unverzüglich vom Posten des Kölner Oberbürgermeisters enthoben und aus der Stadt verwiesen.

Nach Kriegsende von den Amerikanern wieder als Oberbürgermeister eingesetzt wurde er nach wenigen Monaten von der dann zuständigen britischen Militärregierung nach Kritik an der Besatzungspolitik wieder entlassen.

Mit nunmehr 70 Jahren konzentrierte er sich auf die Arbeit in der CDU, der er kurz nach deren Gründung beigetreten war und wurde am 05.02.1946 zum Vorsitzenden der rheinischen CDU sowie knapp einen Monat später zum Vorsitzenden der CDU der britischen Zone gewählt.

Am 15.09.1949 wurde K. Adenauer vom ersten Deutschen Bundestag zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Dieses Amt hatte er nach mehrfacher Wiederwahl insgesamt 14 Jahre inne.

Von seinen großen politischen Erfolgen – er war ein in der Welt geachteter Staatsmann - sei hier nur stellvertretend die Unterzeichnung des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit genannt, die sich am 22.01.2003 zum 40. Mal jährte und darüber hinaus in seiner Zielsetzung einer Europäischen Vision diene, die heute beginnt, Wirklichkeit zu werden. 1966 gab er sein Amt als Bundesvorsitzender der CDU ab.

K. Adenauer starb mit 91 Jahren am 19.04.1967 und wurde in seinem Wohnort Rhöndorf beigesetzt.

Die Benennung nach W. Brandt bildet symbolisch den politischen Gegenpol, der durch die Verbindung durch den Bahnhofsdurchgang wiederum eine symbolische Einheit der demokratischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland darstellt. Gleichzeitig würdigt die Benennung einen SPD-Politiker, der als Kanzlerkandidat auch gegen K. Adenauer antrat und mit seinem Wirken als späterer Bundeskanzler zur Entspannung und Normalisierung der damaligen deutsch-deutschen Verhältnisse beigetragen hat und insgesamt für eine Entspannung in der deutschen Ostpolitik steht.

Willy Brandt wurde am 18.12.1913 als Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck geboren. Unter dem Einfluss seines Großvaters, einem sozialdemokratischen Arbeiter, wurde er früh politisch aktiv und arbeitete schon 1929 aktiv in der Sozialistischen Arbeiterjugend Lübecks mit. 1930 wurde er Mitglied der SPD, trat aber 1931 nach Gründung in die „Sozialistische Arbeiterpartei“ (SAP) über und wurde Vorsitzender des Lübecker Jugendverbandes.

Nach seinem Abitur 1932 begann er zunächst ein Volontariat bei einer Lübecker Schiffsmaklerei. Doch bereits 1933 musste er Deutschland wegen der nationalsozialistischen Verfolgung verlassen. Über Dänemark ging er nach Norwegen und nannte sich nun Willy Brandt. In Oslo studierte er Geschichte, arbeitete journalistisch und wirkte in der Exilarbeit der SAP mit. Im Auftrag der SAP-Auslandsleitung kehrte er 1936 als norwegischer Student getarnt nach Berlin zurück, um die Untergrundgruppe der SAP zu reorganisieren.

Von den Nationalsozialisten 1938 ausgebürgert war er zunächst staatenlos, bevor er von der norwegischen Exilregierung 1940 die norwegische Staatsbürgerschaft erhielt.

1941 heiratete er die Norwegerin Carlota Thorkildsen, mit der er eine Tochter hatte.

1942 trat er der SPD wieder bei.

1948 heiratete er nach der Scheidung von C. Thorkildsen die Norwegerin Rut Hansen, mit der er drei Söhne hatte.

Am 01.07.1948 erhielt er als Willy Brandt, den er nun als amtlichen Namen weiterführte, die deutsche Staatsbürgerschaft zurück.

Während und nach der Berlinblockade 1948/49 arbeitete er eng mit dem Regierenden Bürgermeister und letzten demokratisch gewählten Magdeburger Vorkriegs-Oberbürgermeister Ernst Reuter zusammen.

Von 1949 bis 1992 war W. Brandt Mitglied des Deutschen Bundestages mit zeitweisen Unterbrechungen durch andere Funktionen wie beispielsweise von 1957 bis 1966 als Regierender Bürgermeister von Berlin.

1961 trat er als sozialdemokratischer Kanzlerkandidat gegen K. Adenauer und 1965 gegen L. Erhard an. Parteivorsitzender der SPD war er von 1964 – 1987. 1969 wurde er dann von der sozial-liberalen Koalition von SPD und FDP zum ersten sozial-demokratischen Bundeskanzler gewählt. 1974 trat er wegen der Affäre um den DDR-Spion Guillaume zurück.

Bedeutende Ergebnisse seiner Regierungszeit waren u.a. die Treffen mit dem DDR-Ministerratsvorsitzenden W. Stoph in Erfurt und Kassel im Jahr 1970, die Unterzeichnung des Vertrages zur Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen mit seinem Kniefall vor dem

Ehrenmahl des jüdischen Ghettos in Warschau, sowie die Unterzeichnung des Vertrages zur Normalisierung der deutsch-tschechischen Beziehungen in Prag.

Für seine Entspannungs- und Ostpolitik wurde er am 10.12.1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Nachdem er sich 1980 von seiner Frau R. Hansen scheiden ließ, heiratete er 1983 seine langjährige Assistentin Brigitte Seebacher als dritte Frau.

Nach dem Fall der Berliner Mauer erklärte er am 10.11.1989 auf einer Kundgebung vor dem Rathaus in Berlin-Schöneberg die historischen Worte: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.“

Am 20.12.1990 eröffnete W. Brandt im Berliner Reichstagsgebäude als Alterspräsident die Sitzung des ersten gesamtdeutschen Bundestages.

W. Brandt starb am 08.10.1992 und wurde auf dem Waldfriedhof in Berlin-Zehlendorf beigesetzt.

Scananlagen

Anlage 1 – Schreiben v. Deutschen Städtetag

Anlage 2 – 3 Lagepläne